

27.02.2025

Gefährliche Täuschung: Wie Desinformation die Demokratie bedroht und was dagegen hilft.

Expertin Julia Tegeler hält einen Vortrag über Gefährdungen der Demokratie durch Desinformation

Lügenflut zerstört die Wahrheit

RHEINE. Desinformation und Fake News sind nichts Neues. Schon zu allen Zeiten standen Menschen vor der Herausforderung, nicht auf Desinformationen oder Falschmeldungen hereinzufallen und Wahrheiten zu erkennen. Heutzutage verbreiten sich Desinformationen und Fake News allerdings mit unglaublicher Geschwindigkeit über die modernen sozialen Medien und erreichen so fast immer ungefiltert und ungeprüft eine große Anzahl von Menschen.

Die Referentin Julia Tegeler von der Bertelsmann Stiftung erläuterte auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik Hintergründe zu diesem Themenfeld vor etwa 90 interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Schülerinnen und Schülern im Gymnasium Dionysianum.

Am Beispiel der Pariser „Bettwanzeninvasion“ aus dem Frühjahr 2023 erläuterte sie diese Funktionalität: In den sozialen Netzwerken wurde gemeldet, dass es in Paris unzählige Bettwanzen-Verunreinigungen in Hotels, Jugendherbergen und anderen Unterkünften gebe. Diese „Bettwanzeninvasion“ würde sich in kurzer Zeit auch über weitere Teile Frankreichs verbreiten. Die aus der Ukraine geflüchteten Menschen seien verantwortlich für diese Bettwanzen. Nachgewiesen ist heute, dass es sich bei diesen Meldungen um eine gezielt gesteuerte Desinformation gehandelt hat, um dem französischen Fremdenverkehr zu schaden und Stimmung gegen die geflüchteten Ukrainer zu machen.

Tegeler nutzte dieses Beispiel auch, um auf den grundlegenden Unterschied zwischen Desinformationen und Falschmeldungen hinzuweisen. Während Falschmeldungen in aller Regel unbeabsichtigt durch journalistisch-handwerkliche Fehler wie zum Beispiel unzureichende Recherche entstehen, ist Desinformation die vor-



Rund 90 Zuhörerinnen und Zuhörer kamen ins Forum Dionysianum, um dort den Vortrag von Julia Tegeler (kleines Bild) zu hören, die für die Bertelsmann-Stiftung tätig ist. Organisiert wurde die Informationsveranstaltung über die Gefährdung der Gesellschaft durch Desinformation von der Gesellschaft für Sicherheitspolitik in Rheine.

Foto: privat

sätzliche Verbreitung von falschen Informationen mit der Absicht, zu täuschen oder Schaden anzurichten. Desinformationen sind meistens auf politische Akteure, „alternative Medien“, pseudowissenschaftliche Think-Tanks, Social-Media-Kanäle und den dort aktiven Bloggerinnen und Bloggern sowie Influencerinnen und Influencer zurückzuführen.

Desinformationen verfolgen meistens das Ziel, Wahlen und Meinungen zu beeinflussen sowie einen Vertrauensverlust in unsere demokratischen Prozesse und Institutionen zu erreichen. „Es soll eine allgemeine politische und gesellschaftliche Verunsicherung erzeugt werden, die Polarisierung, Radikalisierung, Hass und Gewalt Vorschub leistet“, sagte die Expertin.

Als Beispiel für ein Mittel

von Desinformationskampagnen erläuterte Tegeler die „Überflutung“. Eine fortwährende Bombardierung mit Desinformationen führe dazu, dass diese nicht mehr zeitgerecht geprüft und widerlegt werden können. „Die beste Methode, die Wahrheit zu zerstören, ist, sie mit Lügen zu überfluten“, sagte Tegeler.

Daneben würden Desinformationen ständig wiederholt, prägten sich in den Köpfen der Menschen ein und Lügen könnten dann schnell zu angenommenen Wahrheiten werden. Desinformationen würden textlich oder bildlich bewusst in einem falschen Kontext genutzt und/oder einzelne wahre Tatsachen würden in nichtexistierenden Zusammenhängen dargestellt. Künstliche Videos mit falschen Botschaften würden erzeugt, um Poli-

ker, Entscheidungsträger, Journalisten, Pressesprecher und so weiter zu verunglimpfen und als unglaubwürdig darzustellen. „Themen werden bewusst emotionalisiert, um dadurch eine objektive Beurteilung zu stören beziehungsweise zu verhindern“, sagte die Referentin.

Wie kann Desinformation begegnet werden? Die Politik müsse auf der Desinformation mit Gesetzgebung, aber auch mit Bildung und Forschung entgegenwirken. Medien und Plattformen im Netz müssten mit Faktenchecks, Transparenz, Qualitätsjournalismus Vertrauen zurückgewinnen, erkannte Desinformationen löschen und gegebenenfalls auch Accounts sperren, die wiederholt Desinformationen verbreiten oder Faktenchecks nicht zulassen. „Unsere Ge-

sellschaft muss sich engagieren, um durch Bildung, Aufklärung und Faktenprüfung Desinformationen mehr als bisher entgegenzutreten“, forderte die Referentin und fügte hinzu: „Wir Bürger müssen individuell aufmerksam sein, Inhalte kritisch hinterfragen und auf Glaubwürdigkeit zu prüfen.“

Dies könne durch vielfältige Informationsgewinnung geschehen. Informationen könnten auch dadurch geprüft werden, ob auch andere Medien und andere unabhängige Quellen über gleiche Informationen verfügen. Bei erkannten Desinformationen werde es erforderlich sein, nachzufragen, diesen zu widersprechen und richtigzustellen. Tegeler: „Durch Engagement können wir unsere eigene Manipulation durch Beeinflussung von außen wirksam entgegentreten.“

25.01.2025

**Künstliche
Intelligenz -
Errungenschaft
oder Gefahr?
Wie verändert KI
die Gesellschaft,
die Demokratie,
die Menschen?**

Veranstaltung der „Gesellschaft für Sicherheitspolitik“ mit Vortrag von Martin Schmitt

KI kann Gefahr für Demokratie sein

RHEINE. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der fortschreitenden Nutzung und Weiterentwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie? Darum ging es in einem Vortrag der Gesellschaft für Sicherheitspolitik. Martin Schmitt, Leiter des Europe Direct Büros in Steinfurt, sprach vor rund 170 Schülern und interessierten Bürgern im Gymnasium Dionysianum. Unterstützt wurde er dabei von Joana Matos, einer Erasmus-Studentin aus Leiria (Portugal), der Partnerstadt von Rheine.

Für KI gibt es fast unbegrenzte Anwendungsmöglichkeiten in verschiedensten Bereichen – sei es in der Medizintechnik, der Wissenschaft, der Forschung, aber auch in unserem täglichen Leben. Schmitt eröffnete einen nüchternen Blick auf dieses Phänomen. Was steckt eigentlich hinter KI? KI funktioniert als maschinelles Lernen. KI analysiert große Mengen von Daten, erkennt Muster, um daraus Entscheidungen oder Vorhersagen zu treffen. Basierend auf den Daten kann KI Sprache und Bilder sowie selbstlernende

Automatiken und Robotik künstlich generieren. Entscheidend für die Anwendung von KI sind letztendlich die verfügbaren Daten, die für Vorhersagen und Entscheidungen „maschinell“ analysiert werden. Dieses führt in weiten Bereichen zu echtem Erkenntnisgewinnen, Vorhersagen und Entscheidungshilfen, die durch menschliche Analytik nicht oder nicht in gleichen Zeitrahmen verfügbar sind.

Wie wirkt sich die zunehmende Nutzung von KI aber auf unsere Gesellschaft und auf unsere Demokratie aus? Unsere liberale repräsentative Demokratie basiert auf dem Prinzip einer vielschichtigen Meinungsbildung, in der auch Minderheitsmeinungen gehört und einbezogen werden.

Schmitt nannte dies „herrschaftsfreie Diskurse“, die prägend für unsere individuelle Lebenswelt und unsere Zivilgesellschaft sind. Mit der Nutzung von KI bestehe die Gefahr, dass Minderheits-Daten nicht im verfügbaren Datenpool vorhanden sind bzw. als Minderheits-Daten den „logischen“ Algorithmen folgend, nicht oder unzureichend in die Entscheidungsfindung eingehen. Das Ergebnis der KI suggeriere durch maschinelle Logik und Analytik eine umfassende Betrachtung, bilde aber nur ein Zerrbild der individuellen



Zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer verfolgten den Vortrag von Martin Schmitt.

Fotos: Privat

Lebenswelt und des zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens ab.

Welche Schlüsse sind daraus zu ziehen? Schmitt machte deutlich, dass wir noch nicht mal die heute schon fast unüberschaubaren Möglichkeiten der KI zum Nutzen und Wohle der Menschheit erkennen könnten. Unsere Gesellschaft müsse sich aber bei der Nutzung und Entwicklung der KI bewusst sein, dass eine rein logische und analytische Betrachtung nicht die vielschichtige menschliche Lebenswelt abdecke. Bei der Nutzung von KI verwies er

auf den bedeutenden Philosophen Immanuel Kant: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen“ und „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden andern jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ KI könne und dürfe nicht das eigene, selbstständige, menschliche Denken ersetzen.

KI basiere auf Logik und Analytik. Unsere Demokratie basiere aber auch auf ethischer und moralischer Verantwortung. Bei der Nutzung von KI in gesellschaftlich re-

levanten Aspekten müsse dies jedem Einzelnen, aber auch der Gesellschaft bewusst sein. „Wir müssen gerade im Zeitalter der KI den Diskurs mit den anderen Ernst nehmen, ergebnisoffen mit- und untereinander diskutieren, sich dabei auch selbst in Frage stellen, sich interessieren und den Mut zum Widerspruch bewahren.“, forderte Schmitt. Wenn diese „Menschlichkeit“ beachtet werde, könnten wir einer Gefährdung unserer Demokratie durch „rein logisch-analytische“ Künstliche Intelligenz wirksam begegnen.

Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments Elmar Brok (CDU) spricht zur Zukunft Europas

Europa muss mit einer gemeinsamen Stimme sprechen

RHEINE. „Nur wenn die Europäische Union wirtschaftlich erfolgreich ist, kann auch der zwingend notwendige Klimawandel erfolgreich sein!“ Mit diesem Eingangsstatement begann das langjährige Mitglied des Europäischen Parlamentes, Elmar Brok, seinen Vortrag in Rheine im gut gefüllten Forum des Gymnasiums Dionysianum. Er machte sehr deutlich, dass der wirtschaftliche Erfolg Europas und wirksamer Klimaschutz eine Seite derselben Medaille sei.

Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik sprach er über seine fast 40-jährigen Erfahrungen als Abgeordneter im Europäischen Parlament und beurteilte die aktuellen Entwicklungen. Insbesondere betonte Brok die gewachsene Bedeutung und Macht des Europäischen Parlamentes. Das Parlament müsse unter anderem bei Handelsverträgen, Gesetzen, der Haushaltsmittelverteilung sowie der Besetzung der EU-Kommissare zustimmen. Diese in den vergangenen 40 Jahren gewachsene Bedeutung dieses Parlamentes werde von der europäischen Be-



Elmar Brok (CDU) war jahrelang Mitglied des Europäischen Parlaments. In seinem Vortrag stellte er die Wichtigkeit einer gemeinsamen Stimme Europas heraus.

Foto: privat

völkerung noch nicht in seiner vollen Tragweite wahrgenommen. Brok betonte die Wichtigkeit einer politischen Abstimmung für Europa im Europäischen Parlament. Nur wenn Europa mit gemeinsamer Stimme spreche, werde

es zukünftig noch eine Bedeutung und Stimme in der Welt haben.

Dies gelte insbesondere auch bei den Herausforderungen durch die angekündigte Zollpolitik der kommenden Regierung Trump,

der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Konkurrenz zu China und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. „Es gibt keine Alternative zu einem mit gemeinsamer Stimme sprechenden Europa. In den großen Linien der Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss Europa einiger werden!“, appellierte Brok.

Er betonte, dass zum Beispiel die Steuerpolitik als Steuerungselement in nationaler Hand verbleiben müsse, dass aber eine enge europäische Abstimmung notwendig ist, um Steuerschlupflöcher zu stopfen. Dies könnte durch einen europäisch abgestimmten Mindestsatz für Unternehmenssteuern erreicht werden. Dadurch könnten Steuergerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zwischen deutschen, europäischen und anderen Unternehmen zum Beispiel aus China und den USA erreicht werden. „Wettbewerbsfähigkeit ist die Grundlage für unsere soziale Marktwirtschaft, für einen eigenständigen Mittelstand und für die Sicherung und Funktionali-

tät unserer Gesellschaft!“

Nicht nur wegen den Unsicherheiten, wie die Regierung Trump zukünftig mit dem Krieg in der Ukraine umgeht, forderte er mehr sicherheitspolitische europäische Einigkeit. „Putin bezeichnet den Zerfall der Sowjetunion als größte politische Katastrophe und ist bestrebt, eine Wiederherstellung über Grenzen hinweg zu erreichen. Die Ukraine hat sich auf Völkerrecht, die Gültigkeit von Verträgen und die Unverletzbarkeit von Grenzen verlassen.“

Brok erläuterte, dass es auf keinen Fall zu einem Sieg Putins kommen dürfe. Sollte die Ukraine verlieren, bestünde die reale Gefahr, dass auf der Zeitachse weitere offene oder versteckte Aggressionen gegen andere, auch Nato-Staaten erfolgen werden. Darüber hinaus könne ein Sieg Putins auch zu einer noch viel größeren Zahl an Flüchtlingen aus der Ukraine oder anderen, sich bedroht fühlenden Staaten in die Europäische Union führen. „Ein Krieg als Mittel der Politik im 21. Jahrhundert darf nicht zum Erfolg führen.“

11.10.2024

Krise um Taiwan – Hintergründe und Perspektiven

China- und Taiwan-Experte Sven Bernhard Gareis sprach im Gymnasium Dionysianum

Die beste Lösung ist keine Lösung

RHEINE. Was macht Taiwan so besonders? Ein Staat in Südostasien, fast 10000 Kilometer Luftlinie von uns entfernt, nur 23 Millionen Einwohnern, gerade so groß wie Baden-Württemberg? Am taiwanesischen Nationalfeiertag hatte die Gesellschaft für Sicherheitspolitik und das Gymnasium Dionysianum zu einem Vortrag über Taiwan von dem ausgewiesenen Kenner der Region, Sven Bernhard Gareis, eingeladen.

Gareis, selbst mit einer Chinesin verheiratet, erläuterte vor rund 150 Zuhörern darunter etwa 80 Schüler, kurz den historischen Hintergrund. Taiwan, früher auch Formosa genannt, war in den vergangenen Jahrhunderten Kolonie europäischer Mächte, selbstständiges Königreich, chinesische Provinz, japanische Kolonie und seit 1945 erneut Teil Chinas. Taiwan wurde 1949 der Zufluchtsort für die Nationalchinesen unter Chiang Kai-shek nach deren Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg gegen Mao und seine kommunistische Partei.

Die Volksrepublik China erhebt international den Alleinvertretungsanspruch für China und hat 1971 den ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat von Taiwan übernommen. Taiwan wird international als „stabilisierter de-facto Staat“ bezeichnet, ohne diplomatisch als selbstständiger Staat anerkannt zu werden. Eine durch Taiwan selbst erklärte volle Souverä-



Sven Bernhard Gareis, ausgewiesener Kenner der Region, sprach in einem Vortrag über Taiwan.

Foto: privat

nität oder eine internationale Anerkennung Taiwans würde nach Gareis für die Volksrepublik China zu einem „Causus Belli“ werden. Die Ausprägung einer taiwanesischen Identität ist aber in den vergangenen Jahren mit dem wirtschaftlichen Aufstieg enorm gewachsen. Mehr als 60 Prozent fühlen sich als Taiwaner, nicht als Chinesen, so Gareis. Angesichts der realen Rahmenbedingungen gibt es aber in Taiwan nur wenig Unterstützung für eine offizielle Lossagung von der Volksrepublik China.

Gareis erläuterte, dass die Volksrepublik China über vielfach überlegene Streit-

kräfte verfügt, dass aber eine militärische Konfrontation Chinas mit Taiwan unübersehbare Konsequenzen für die Weltwirtschaft, die weltpolitische Ordnung insgesamt, aber auch für China selber bedeuten würde. Solange der Status quo besteht, schätzt er gegenwärtig die Gefahr einer derartigen Konfrontation als weniger wahrscheinlich ein. Als Gründe für seine Einschätzung nannte Gareis die militärischen Risiken und hohen chinesische Verluste, internationale Reaktionen und Sanktionen, die dann stark eingeschränkten oder blockierten Handelsrouten im Indopazifik mit massiven Folgen für den

Welthandel und damit für die Weltwirtschaft. Auch die chinesische Wirtschaft ist auf taiwanische IT/Chip-Produkte angewiesen. Darüber hinaus ist Taiwan ein wichtiger Handelspartner auch für China.

International hat sich daher das von der Volksrepublik China massiv eingeforderte „Ein-China-Prinzip“ ebenso wie der Status quo Taiwans mit einer „de-facto“ Eigenständigkeit ohne offizielle Abspaltung bewährt. Er machte aber deutlich, dass die westlichen Demokratien klar gegen jegliche mögliche Aggressionen Chinas, auch mittels diplomatischen chinesischen Drucks oder mit-

tels hybrider Bedrohung Taiwans Stellung beziehen sollten.

Auf die Frage aus dem Publikum, warum es Taiwan geschafft hat, Weltmarktführer bei der IT-Entwicklung und der IT-Chip-Produktion zu werden, erläuterte Experte Gareis, dass das sehr anfordernde und leistungsorientierte Bildungssystem, die Möglichkeiten eines freiheitlichen, marktwirtschaftlichen und demokratischen Denkens und Handelns sowie eine konfuzianisch geprägte persönliche Leistungsbereitschaft Grundlage für diese wirtschaftliche Entwicklung und den Erfolg Taiwans sei.

25.01.2024

Aktuelle Herausforderungen für die Vereinten Nationen und den Weltsicherheitsrat

Ekkehard Griep: „Deutschland hat einen guten Ruf bei den Vereinten Nationen“ / Vortrag im „Dio“

Für den Frieden in der Welt

RHEINE. „Deutschland hat einen guten Ruf bei den Vereinten Nationen.“ Mit diesen Worten beschrieb der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Ekkehard Griep, das Ansehen Deutschlands in New York. Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik referierte er im Gymnasium Dionysianum spannend und kurzweilig zu aktuellen Herausforderungen der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates.

Den anwesenden 130 Zuhörern, darunter etwa 100 Schülerinnen und Schüler, brachte er in Erinnerung, dass die Vereinten Nationen (VN) 1945 von 50 Gründungsstaaten ins Leben gerufen wurden. Ziel war es, aus den Erfahrungen des gescheiterten Völkerbundes in den 30er Jahren und den durch Deutschland 1939 begonnenen Zweiten Weltkrieges Lehren zu ziehen. Ein solcher Krieg sollte kein zweites Mal auf dieser Welt passieren. Bis heute ist die Zahl der in den VN vertretenen Nationen auf 193 Mitgliedsstaaten angewachsen. Beide deutsche Staaten wurden 1973 als 133. und 134. Staat aufgenommen.

Bedingung für die Aufnahme in die VN ist die Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen, sozusagen dem Grundgesetz für die VN. Die Charta ist für alle Mitglieder ein völkerrechtlich binden-



Unter den 130 Zuhörerinnen und Zuhörern waren auch rund 100 Schülerinnen und Schüler.

Fotos: privat

der Vertrag. Sie soll den Frieden und die Sicherheit in der Welt bewahren und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten



Ekkehard Griep

Weiterhin ist der Schutz der Grundrechte und der Menschenwürde dort festgehalten.

Auf die Bedeutung des Weltsicherheitsrates ging Griep speziell ein. Er besteht aus den fünf ständigen Mitgliedern Russland, China,

USA, Frankreich und Großbritannien – jeweils mit einem Vetorecht, welches Beschlüsse verhindern kann. Weitere zehn Nationen werden – ohne Vetorecht – jeweils für zwei Jahre als Vertreter von der Generalversammlung gewählt.

Griep machte deutlich, dass „der Sicherheitsrat nicht mehr wirklich für die Welt von heute repräsentativ ist. Daher steht dieser häufig in der Kritik und es wird diesem eine fehlende Legitimität vorgeworfen“. Aktualisierungen der Charta sind aber nur schwer möglich. Diese müssen mit einer Zweidrit-

tel-Mehrheit in der Generalversammlung beschlossen und in den jeweiligen Mitgliedsstaaten national ratifiziert werden.

Als bedeutsam und zukunftsweisend bewertete Griep, dass es in den vergangenen Monaten, sowohl bei Beschlüssen zum Konflikt im Nahen Osten als auch zum Konflikt im Sudan, Staaten auf ihr Vetorecht verzichtet und sich der Stimmen enthalten haben. Ebenso wurden die wichtigen Fragestellungen durch geschickte Wahl des Verhandlungsortes und des Rahmens auf die Ebene der Generalversammlung trans-

portiert. Die Generalversammlung mit ihren 193 Mitgliedsstaaten hat daher deutlich an Profil gewonnen.

Deutschland wurde bisher sechs Mal als nicht-ständiger Vertreter in den Sicherheitsrat gewählt. Dabei haben Deutschland und der deutsche Vertreter dort durch geschicktes und innovatives Verhalten den guten Ruf Deutschlands als zuverlässiges und ausgleichendes Mitglied gefestigt. Deutschland als Vertreter eines globalen Nordens und Namibia als Vertreter eines globalen Südens wurden durch die VN beauftragt, ein „Summit for the Future“ zu entwickeln, in den mögliche Veränderungen und Anpassungen an die Herausforderungen der Zukunft formuliert werden sollen. Auf die Frage aus dem Publikum zu den Perspektiven eines ständigen Sitzes für Deutschland im Weltsicherheitsrat gab Griep zu bedenken, dass Deutschland zwar weltwirtschaftlich zu den stärksten Nationen gehört, aber in der derzeitigen Konstellation schon zwei europäische Staaten dort vertreten sind. Dies spiegelt nicht den Anteil Europas an der Weltbevölkerung. Daher sieht er die Chancen auf einen zusätzlichen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, trotz des guten Reputation Deutschlands in den VN, als nicht realistisch und erfolgversprechend an.